

Neues aus dem Stadtrat  
(Günter Böhm)

Über einige Themen der Sitzung vom 22.04. wurde bereits in der GZ berichtet, so dass ich mich auf das konzentriere, was nicht, bzw. nicht ausführlich dargestellt wurde aber aus meiner Sicht erwähnenswert scheint.

Wie erwartet war bei TOP 6 - Richtlinien für Photovoltaik - größerer Diskussionsbedarf. Insbesondere aus den Reihen von BGL und AfD. Sie forderten u.a. eine sog. "Negativplanung", sprachen sich für eine Konzentration solcher Flächen auf wenigen Standorten aus und argumentierten für Photovoltaikanlagen auf unseren Baggerseen.

Eine Negativplanung, so der Bürgermeister, kostet Geld und aufgrund der Erfahrungen aus anderen Kommunen ist davon abzuraten. Vehement gegen eine Konzentration waren hingegen 2. Bürgermeister Erl sowie unser Fraktionssprecher Reinhard Bachmeier. Dies konnte Bürgermeister Weber nur unterstreichen.

Ob Photovoltaik auf unseren Seen möglich und sinnvoll ist, wird gegenwärtig nach Auskunft unseres Bürgermeisters bereits geprüft.

Die unter Federführung von Frau Wimmer erarbeiteten Richtlinien wurden mehrheitlich gewürdigt und fanden im Beschluss ihre Zustimmung – mit Ausnahme von AfD und BGL.

Der wohl wichtigste Tagesordnungspunkt befasste sich mit dem Erlass der Haushaltsatzung 2021 sowie dem Finanz- und Investitionsprogramm 2020 – 2024.

Erstmals war es den Fraktionen möglich vor der Aufstellung des Haushaltsplanes ihre Wünsche und Anregungen vor zu bringen, die dann in der Finanzausschusssitzung in den Beschlussvorschlag an den Stadtrat einfließen.

Mehrheitlich war die Diskussion von der Sorge geprägt, dass die aktuelle Corona Pandemie die städtischen Finanzen nachhaltig negativ beeinflussen werde. Demgemäß reihte sich ein Sparappell an den nächsten.

Insbesondere der Ansatz für Personal mit knapp 6 Millionen Euro regte die Sprecher der anderen Fraktionen dazu an, hier künftig auf mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit beim städtischen Personal zu achten – eine indirekte Unterstellung, dass dies aktuell nicht der Fall ist?

Ich denke, dass unser Personal gerade in der momentanen Krisensituation sehr wohl gut und effizient und teilweise an der Belastungsgrenze arbeitet. Für evt. Reibungsverluste ist in erster Linie eine übergestülpte Bürokratie verantwortlich aber auch die Begehrlichkeiten und Ansprüche aus der Bürgerschaft und nicht zuletzt des Stadtrates nehmen zu.

Das sollte eigentlich auch jemand wissen, der aus der Verwaltung kommt, sich gerne als besserwisserischer Fachmann generiert jedoch mit seinen "Anfragen" eine Menge Manpower bindet!

Letztendlich wurden Haushaltsplan und Finanzplan einstimmig verabschiedet.

Ein weiterer Punkt befasste sich mit der Festlegung der Stromlieferungsart bei der Bündelausschreibung für die kommunale Strombeschaffung. Hier kann die Stadt zwischen drei Varianten wählen, nämlich dem konventionellen Strom, dem Ökostrom ohne und dem Ökostrom mit Neuanlagenquote.

Konventioneller Strom ist je nach Anbieter ein Mix aus Kohle-, Kernkraft-, Erdgaserzeugung und erneuerbaren Energiequellen.

Ökostrom ohne Neuanlagenquote stammt überwiegend aus älteren und schon lange abgeschriebenen Anlagen, was keinen zusätzlichen Umweltnutzen ergibt.

Bei Ökostrom mit Neuanlagenquote dagegen stammt ein Drittel des Stroms aus Anlagen, die nicht älter als 6 Jahre sind, ein weiteres Drittel aus Anlagen, die nicht älter als 12 Jahre sind. Dadurch wird ein Anreiz zum Bau neuer Erzeugungsanlagen von regenerativem Strom geschaffen.

Die USB/ILM Fraktionsgemeinschaft sieht dies als wichtigen Schritt im Sinne des Klimaschutzes und stellte den Antrag auf Bezug von Ökostrom mit Neuanlagenquote auch wenn dieser um bis zu 1,3 Cent pro KWH teurer ist als der von der Verwaltung vorgeschlagene Ökostrom ohne Neuanlagenquote.

Wir meinen, Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif und auch Geisenfeld sollte seinen Teil zum Ausbau regenerativer Energien beitragen.

Leider sahen nur wir von der USB/ILM das so. Die Mehrheit entschied sich für Ökostrom ohne Neuanlagenquote.